NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates

Datum: 13. Dezember 2016

Beginn: 19:00 Uhr

Ort: Sitzungssaal des Rathauses

Ende: 20:27 Uhr

Anwesend:

Erster Bürgermeister

Seidl, Norbert

Zweiter Bürgermeister

Zöllner, Rainer

Dritter Bürgermeister

Salcher, Thomas

Mitglieder des Stadtrates

Burkhart, Michael

Eger, Christine

Ehm, Rosmarie

Färber, Sabrina

Gigliotti, Gisella

Hoiß, Günter

Kamleiter, Karin

Keil, Max

Koch, Reinhold Dr.

Leone, Jean-Marie

Matthes, Sigrun Dr.

Olschowsky, Christian

Ostermeier, Maria

Ponn, Barbara

Pürkner, Erich

Sengl, Manfred Dr.

Sippel, Dorothea

Stricker, Hans-Georg
Unglert, Theresa
von Hagen, Michaela
Weber, Petra
Weiß, Ramona
Wiesner, Marga
Winberger, Lydia
Wuschig, Wolfgang

Berufsmäßige Stadträte

Heitmeir, Harald
Tönjes, Jens

Schriftführer/in

Hoffmann, Jean

Verwaltung

Lehner, Martin
Westmeier-Dilg, Alke

Abwesende und entschuldigte Personen:

Mitglieder des Stadtrates

Hofschuster, Thomas
Schemel, Benjamin
Strobl-Viehhauser, Sonja

Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Sitzung

TOP 1	Eröffnung der Sitzung	
TOP 2	Aktuelle Viertelstunde	
TOP 3	Bekanntgaben des Ersten Bürgermeisters	
TOP 4	Änderung der Friedhofsatzungen I und II sowie der Friedhofsgebühren- satzung	2016/0373
TOP 5	Kinderhaus II Wohnpark Roggenstein hier: Plan- und Projektgenehmigung, Fortschreibung	2016/0372
TOP 6	Kinderhaus II Wohnpark Roggenstein hier: Vergabe Ingenieurleistungen HOAI Leistungsphase 5	2016/0374
TOP 7	Grundschule Gernerplatz Erweiterung und Umbau, hier: Vergabe Schlos- serarbeiten Vordach	2016/0375
TOP 8	Zentrales Anmeldeverfahren in Kinderbetreuungseinrichtungen	2016/0371
TOP 9	Mitteilungen und Anfragen	

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende begrüßte die Anwesenden lud diese zunächst zu Glühwein, Punsch und weihnachtlichem Gebäck ein und bedankte sich bei Frau Lydia Moises vom Puchheimer Liederkrans für die musikalische Begleitung des Umtrunkes. Anschließend stellte er die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Mit der Tagesordnung bestand Einverständnis. Als dann gratulierte der Vorsitzende StR Burkhart nachträglich zum Geburtstag. In seinen einleitenden Worten wies der Vorsitzende auf die drei ausgelegten Briefe von Amnesty International hin und bat darum die Briefe zu unterschreiben und in die bereitgestellten Boxen im Eingangsbereich einzuwerfen. Er machte deutlich, dass es wichtig sei, sich für Menschenrechte einzusetzen.

TOP 2 Aktuelle Viertelstunde

Es gab keine Wortmeldungen.

TOP 3 Bekanntgaben des Ersten Bürgermeisters

Der Vorsitzende erläuterte seine Gesamtbilanz 2016 und teilte mit, dass sich viele verschiedene Ebenen vermischt und sich untereinander beeinflusst haben. So stellten die Punkte Weltpolitik mit Syrien, Terrorismus in Europa, Trump in den USA, Brexit, ungarischer Rigorismus, Landeswahlen, AfD in der BRD sowie die Landespolitik mit eigenen Integrationsgesetzen einen Rahmen dar für das Agieren der Stadt Puchheim und des Landkreises. Der Vorsitzende teilte zusammenfassend mit, dass sich die Jahresbilanz 2016 positiv, nachhaltig stabil und mit Potenzial gezeigt habe. Zu den positiven Ergebnissen zählte er den städtebaulichen Vertrag mit der DWRE-Alpha. Durch das Verhandlungsgeschick und die Verhandlungsbereitschaft beider Seiten habe man deutliche Verbesserungen der Wohnsituation im Quartier erreichen können. Zusätzlich wurde die WEP gegründet und diese schnell handlungsfähig ausgestattet. Der Vorsitzende prognostizierte, dass auch der finanzielle Jahresabschluss 2016 positiv ausfallen werde. Dies sei möglich, da die Erträge der Gewerbesteuer höher ausgefallen und die Beteiligungserlöse durch die KommEnergie gesichert seien. Der Erfolg sei auch objektiv durch Aufstellung der Bebauungspläne nachweisbar. Ebenso hielt der Vorsitzende fest, dass die Menschen in Puchheim um die Stärken und Eigenheiten der Kommune wüssten. Unzweifelhaft gehörten für ihn auch die über 200 Asylhelfenden zur positiven Bilanz der Stadt Puchheim. So hätten die vielen ehrenamtlichen Helfer gezeigt, dass die Zivilgesellschaft in Puchheim stabil und spontan agieren könne. Das auf Dauer angelegte Engagement habe ein Bekenntnis der Menschen zu dieser Stadt gezeigt. Der Vorsitzende appellierte an die Geduld des Gremiums bei der Umsetzung von Projekten und vertrat die Meinung, dass die Stadtverwaltung hierfür manchmal nicht adäquat aufgestellt sei. Er machte darauf aufmerksam, dass der Stadtrat künftig eine Reihenfolge und Gewichtung der Projekte vorneh-

men müsse. Am Ende des Jahres 2016 ergäben sich Möglichkeiten, von denen so viele als möglich genutzt werden sollten. Das größte Potenzial sah er in der Gestaltung des Masterplanes für die Stadtmitte. In der Folge sprach der Vorsitzende seinen Dank und seine Anerkennung für die engagierten und sehr guten Leistungen des Stadtrates sowie der Verwaltung aus. Er lobte die Bereitschaft des Gremiums zur offenen und fairen Diskussion sowie die wohlwollende und zielführende Zusammenarbeit mit den Fraktionssprechern und. Der Vorsitzende hob auch die enorme Unterstützung seiner Stellvertreter hervor.

TOP 4 Änderung der Friedhofsatzungen I und II sowie der Friedhofsgebührensatzung

Der Vorsitzende führte in die Beschlussvorlage ein und bat Herrn Lehner um ergänzende Erläuterung. Herr Lehner zeigte auf, dass geplant sei die Satzungen der Puchheimer Friedhöfe aufgrund aktueller Entwicklungen zu modifizieren. Er führte aus, dass es seit September 2016 die Möglichkeit gäbe Grabsteine und Grabeinfassungen, welche aus ausbeuterischer Kinderarbeit stammten zu verbieten. Zudem sei geplant bei beiden Friedhofsatzungen eine weitere Verhaltensregelung aufzunehmen. So werde das Fotografieren und Filmen künftig nur für private Zwecke erlaubt. Weitergehende Verbote seien aus Sicht von Herrn Lehner nicht praxisnah. Ferner sollen auch auf den Friedhöfen Puchheim-Ort und Alter Friedhof Puchheim-Bahnhof künftig Urnen und Überurnen aus biologisch abbaubarem Material vorgegeben werden. Herr Lehner teilte weiter mit, dass aufgrund der großen Nachfrage für sogenannte Baumbestattungen geplant sei die Anzahl der Urnen unter den Bäumen von sechs auf 12 zu erhöhen. Durch die neue Regelung, dass Aschenreste nach der Aufgabe einer Urnennische und vor der Beisetzung in einem anonymen Urnenfeld in eine Urne aus biologisch abbaubarem Material umgefüllt werden müssen, sei es notwendig einen neuen Gebührentatbestand einzuführen. Folglich sei es notwendig auch die Friedhofsgebührensatzung zu ändern. Zuletzt wies Herr Lehner darauf hin, dass in allen Friedhofsatzungen noch die Bezeichnungen „Gemeinde Puchheim“ oder „gemeindeeigenen“ enthalten seien. Es sei geplant die Anpassung der Begrifflichkeiten erst mit der Neufassung der Satzungen umzusetzen, andernfalls seien ca. 29 einzelnen Beschlüsse notwendig.

StR Leone störte sich an der Begrifflichkeit „ohne schlimmste Formen der Kinderarbeit“, da dieser aus seiner Sicht nicht hinreichend genau formuliert sei. Er schlug daher vor diesen Passus anders zu fixieren. Der Vorsitzende fasste den Vorschlag von StR Leone zusammen. So sollten lediglich Grabsteine und Grabeinfassungen aufgestellt werden dürfen, die nachweislich ohne Kinderarbeit im Sinne von Art. 3 des Übereinkommens Nr. 182 der internationalen Arbeitsorganisation vom 17. Juni 1999 hergestellt worden seien. Herr Lehner erklärte, dass die Formulierung der Satzung der entsprechenden Rechtsgrundlage entnommen wurde. StR Leone pflichtete dem Vorschlag des Vorsitzenden bei, da es wichtig sei, dass keine Form der Kinderarbeit zu gelassen werde. Bezüglich der geplanten Satzungsänderung für Bild- und Videoaufnahmen schlug StR Leone vor, die Formulierung der Stadt Germering zu übernehmen. So sei es auf den Germeringer Friedhöfen insbesondere untersagt Film-, Ton-, Video- und Fotoaufnahmen zu erstellen und zu verwerten, außer zu privaten Zwecken. Zudem hielt es

StR Leone für sinnvoll alle gemeindebezüglichen Begrifflichkeiten der Friedhofsatzungen durch entsprechende Umbenennungen in Stadt Puchheim zu ersetzen. Herr Lehner teilte mit, dass für jede einzelne Änderung ein Beschluss des Stadtrates notwendig sei und daher geplant sei, diese Begrifflichkeiten erst mit der Neufassung der Satzung anzugleichen. Zudem hielt Herr Lehner fest, dass die Formulierung für die Foto- und Filmaufnahmen bewusst kompakt gehalten wurde, da aufgrund fehlender Friedhofswärter die Kontrollmöglichkeiten sehr eingeschränkt seien.

StR Hoiß hielt fest, dass eine Beschlussfassung für jede einzelne Begriffsänderung nicht sinnvoll sei und schloss sich dem Vorschlag von Herrn Lehner an. Der Änderungsvorschlag von StR Leone zum Thema Kinderarbeit war aus Sicht von StR Hoiß nicht umsetzbar, da die genannte Textpassage eine Legaldefinition aus dem Gesetz sei und daher nicht abgeändert werden könne. StR Hoiß befürwortete hingegen bei dem Verbot von Film- und Fotoaufnahmen auf den Puchheimer Friedhöfen eine pragmatische Lösung.

Für StR Dr. Sengl war es erfreulich, dass die Stadt Puchheim das Verbot von ausbeuterischer Kinderarbeit umsetzen wolle. Zu überprüfen sei indes, ob die genannte Formulierung dem aktuellen Bestattungsgesetz entnommen sei und folglich der Rechtsgrundlage entspreche. Er wies darauf hin, dass seine Fraktion bereits 2007 beantragt habe, bei der Beschaffung durch die Stadt auf Produkte aus Kinderarbeit zu verzichten, insoweit befürwortete er die Satzungsänderungen. In Bezug auf die Video- und Fotoaufnahmen unterstützte StR Dr. Sengl den Vorschlag von StR Leone. Hierdurch sei es dem Bürger gegen Widerhandlungen des Verwertungsverbotes juristisch vorzugehen.

Der Vorsitzende bat Herrn Tönjes in der Folge um kurze rechtliche Einschätzung der gewählten Formulierung zur Kinderarbeit. Herr Tönjes legte dar, dass der in Rede stehende Passus dem Bestattungsgesetz wörtlich entnommen und auch die Mustersatzung des Bayerischen Städtetages so formuliert sei. Er betonte, dass die Puchheimer Friedhofsatzungen insoweit nicht allzu viel verändert werden könnten. Die Formulierungen müssten zudem diskriminierungsfrei seien und sich im landesrechtlich gesteckten Rahmen bewegen. Die vom Vorsitzenden vorgeschlagene Formulierung sei aus seiner Sicht inhaltlich tragbar, weil auf das Abkommen der ILO verwiesen werde.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden teilte Herr Lehner mit, dass die Stadt Puchheim lediglich die Nutzung ihrer Anlagen und ihres Eigentumes durch Satzung regeln könne. Demnach sei es möglich Verhaltensregelungen für die Puchheimer Friedhöfe zu benennen. Die Verwertung von Daten könne jedoch nicht durch die Stadt Puchheim geregelt werden, da hierfür das allgemeine Datenschutzrecht zuständig sei. Insbesondere in den §§ 3 und 4 Bundesdatenschutzgesetz sei der Schutz der persönlichen Daten geregelt.

In der Folge stellte der Vorsitzende den Antrag von StR Leone und in der Folge die weiteren Änderungen zur Abstimmung.

Beschluss

Die Satzung zur Änderung der Friedhofssatzung I der Gemeinde Puchheim wird wie folgt geändert:

3. In § 30 Nr. 10 wird der Punkt durch ein Komma ersetzt und folgende Nr. 11 angefügt: „11. Film-, Ton-, Video- und Fotoaufnahmen zu erstellen oder zu verwerten, außer zu privaten Zwecken.“

Abstimmungsergebnis: Ja 18 Nein 10 Anwesend 28 Befangen 0

Beschluss

Die Satzung zur Änderung der Friedhofssatzung I der Gemeinde Puchheim wird wie folgt geändert:

2. Nach § 19 wird § 19 a „Verbot von Grabsteinen aus ausbeuterischer Kinderarbeit“ eingefügt. Hierbei lautet § 19 a Abs. 1: „Es dürfen nur Grabsteine und Grabeinfassungen aus Naturstein aufgestellt werden, die nachweislich ohne Kinderarbeit im Sinne von Art. 3 des Übereinkommens Nr. 182 der internationalen Arbeitsorganisation vom 17. Juni 1999 hergestellt worden sind. Die Herstellung umfasst sämtliche Bearbeitungsschritte bis zum Endprodukt.“

Abstimmungsergebnis: Ja 28 Nein 0 Anwesend 28 Befangen 0

Beschluss

Der Stadtrat beschließt den Erlass der Satzung zur Änderung der Friedhofssatzung I, auf Grundlage des durch vorstehende Beschlüsse geänderten Satzungsentwurfs.

Abstimmungsergebnis: Ja 28 Nein 0 Anwesend 28 Befangen 0

Beschluss

Die Satzung zur Änderung der Friedhofssatzung II der Gemeinde Puchheim wird wie folgt geändert:

2. Nach § 21 wird § 21 a „Verbot von Grabsteinen aus ausbeuterischer Kinderarbeit“ eingefügt. Hierbei lautet § 21 a Abs. 1: „Es dürfen nur Grabsteine und Grabeinfassungen aus Naturstein aufgestellt werden, die nachweislich ohne Kinderarbeit im Sinne von Art. 3 des Übereinkommens Nr. 182 der internationalen Arbeitsorganisation vom 17. Juni 1999 hergestellt worden sind. Die Herstellung umfasst sämtliche Bearbeitungsschritte bis zum Endprodukt.“.

Abstimmungsergebnis: Ja 28 Nein 0 Anwesend 28 Befangen 0

Beschluss

Die Satzung zur Änderung der Friedhofssatzung II der Gemeinde Puchheim wird wie folgt geändert:

1. § 5 Abs. 2 Satz 1 Buchst. d) erhält folgende Fassung: „Film-, Ton-, Video- und Fotoaufnahmen zu erstellen oder zu verwerten, außer zu privaten Zwecken.“.

Abstimmungsergebnis: Ja 20 Nein 8 Anwesend 28 Befangen 0

Beschluss

Der Stadtrat beschließt den Erlass der Satzung zur Änderung der Friedhofssatzung II I, auf Grundlage des durch vorstehende Beschlüsse geänderten Satzungsentwurfs.

Abstimmungsergebnis: Ja 28 Nein 0 Anwesend 28 Befangen 0

Beschluss

Der Stadtrat beschließt den Erlass der Satzung zur Änderung der Friedhofsgebührensatzung.

Abstimmungsergebnis: Ja 28 Nein 0 Anwesend 28 Befangen 0

TOP 5 Kinderhaus II Wohnpark Roggenstein
hier: Plan- und Projektgenehmigung, Fortschreibung

Der Vorsitzende führte in die Beschlussvorlage ein und teilte mit, dass diese bereits im Ausschuss für städtische Bauten vorberaten wurde.

StR Hoiß erfragte die Mehrkosten für den im Nachhinein beschlossenen behindertengerechten Ausbau des Objektes. Er wollte wissen, ob die Zusatzkosten durch den nachträglichen behindertengerechten Ausbau der Wohnungen verursacht wurden. Zudem wies er daraufhin, dass das Brandschutzgutachten für den ursprünglich geplanten Bau erstellt worden sei. Seines Erachtens müsste nun ein neues Gutachten erstellt werden. Der Vorsitzende merkte an, dass die Kostenmehrungen nicht aufgrund der Umplanungen entstanden, sondern vielmehr in der Entwicklung der Geschosshöhen geschuldet seien. Zudem gab es unvorhersehbare Änderungen im Bereich der Lüftung, welche so nicht konzipiert waren. Der Vorsitzende wies daraufhin, dass über die Kostenmehrungen bereits im Ferienausschuss detailliert berichtet wurde. Frau Westmeier-Dilg bestätigte die Aussagen des Vorsitzenden. Sie konnte keinen Kostenpunkt benennen, der aufgrund des behindertengerechten Ausbaus erhöht werden musste. Weiter informierte sie darüber, dass die Kosten innerhalb der Verwaltung stetig gegen gerechnet würden. Sie wies darauf hin, dass die Kostenmehrungen auf die Änderungen des Gebäudeumfangs und der Geschossflächenzahl zurück zu führen seien. Auch die Veränderungen am Brandschutz hätten Mehrkosten verursacht. So seien die ursprünglich geplanten Fluchtleitern nicht zulässig gewesen und mussten daher durch wesentlich aufwendigere und teurere Fluchttreppen ersetzt werden. Zudem mussten auch die Planungshonorare fortgeschrieben werden. Frau Westmeier-Dilg bekräftigte, dass momentan an den im Ferienausschuss von Herrn Promper dargelegten Zahlen festgehalten werde. Auf Nachfrage von StR Hoiß wies der Vorsitzende daraufhin, dass die Rettung von gehbehinderten Bewohnern Sache der Feuerwehr bzw. der Retter sei. Frau Westmeier-Dilg merkte an, dass die Wohnungen nicht rollstuhlgeeignet barrierefrei sondern lediglich barrierefrei ausgebaut wurden. Hierauf wurde bereits im Ausschuss für städtische Bauten eindringlich hingewiesen. Sie merkte ferner an, dass die Anpassung des Brandschutzkonzeptes derzeit in Bearbeitung sei und das Brandschutzgutachten in der Folge fortgeschrieben werde.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt von den aktuellen Entwicklungen bei der Planung Kenntnis und erteilt als Fortschreibung für den Neubau des Kinderhauses mit vier Kindergartengruppen und einer Krippengruppe sowie acht Wohnungen die Plan- und Projektgenehmigung. Die vorläufigen Gesamtkosten belaufen sich, wie bereits im Ferienausschuss angekündigt, auf ca. 7.100.000,00 €.

Abstimmungsergebnis: Ja 28 Nein 0 Anwesend 28 Befangen 0

TOP 6 Kinderhaus II Wohnpark Roggenstein
hier: Vergabe Ingenieurleistungen HOAI Leistungsphase 5

Der Vorsitzende verlas den Beschlussvorschlag, es gab hierzu keine Wortmeldungen.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt den Vortrag zur Kenntnis und genehmigt für den Neubau Kinderhaus II WoPaRo die Beauftragung von M 1:1 entwerfen + planen GmbH für die Ingenieurleistungen in der Leistungsphase 5.

Die Auftragssumme beträgt brutto 126.168,13 €.

Abstimmungsergebnis: Ja 27 Nein 1 Anwesend 28 Befangen 0

TOP 7 Grundschule Gernerplatz Erweiterung und Umbau, hier: Vergabe Schlosserarbeiten
Vordach

Der Vorsitzende teilte mit, dass für die Vergabe grundsätzlich der Ausschuss für städtische Bauten zuständig sei. Da aber die geplanten Ausführungstermine eingehalten werden sollen, bat der Vorsitzende die Entscheidung aufgrund der Dringlichkeit im Gremium zu treffen.

StR Leone wollte wissen, wie es zu den hohen Preisunterschieden der einzelnen Anbieter innerhalb dieses Gewerkes kommen konnte. Der Vorsitzende informierte darüber, dass im Leistungsspiegel sieben Anbieter vertreten seien und diese sehr differenzierte Angebote abgeben hätten. Er machte darauf aufmerksam, dass die Preisgestaltung den Anbietern obliege und die extremen Preisunterschiede auch der aktuell guten Auftragslage der Firmen geschuldet seien. Er wies darauf hin, dass alle Angebote geprüft wurden. Das Angebot des wirtschaftlichsten Bieters sei nach der vorgenommenen Prüfung kein Dumpingangebot. Zudem sei dieser Bieter dem Architektenbüro Peck.Daam bekannt und man könne daher mit einer ordentlichen Bauausführung rechnen.

Auf Nachfrage von StR Dr. Koch teilte der Vorsitzende mit, dass die Kostenschätzung bei 189.000,00 € lag. Aufgrund der Herausnahme von einzelnen Posten aus der Kostenschätzung, lägen die Abweichungen vom Kostenbudget jedoch noch innerhalb der Kostenschätzung.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt der Vergabe des Gewerks Schlosserarbeiten Vordach an den wirtschaftlichsten Bieter, die Firma Manufaktur Soller GmbH, Rottenburger Straße 14, 84061 Ergolsbach, zum Bruttopreis von 138.276,92 € zu.

Abstimmungsergebnis: Ja 28 Nein 0 Anwesend 28 Befangen 0

TOP 8 Zentrales Anmeldeverfahren in Kinderbetreuungseinrichtungen

Der Vorsitzende übergab das Wort zur näheren Erläuterung der Beschlussvorlage an Herrn Tönjes. Herr Tönjes zeigte auf, dass im Frühjahr jedes Jahres die Anmeldung für Kindertageseinrichtungen stattfindet. Aufgrund eines CSU-Antrages habe die Verwaltung den Auftrag erhalten, die Platzvergabe allgemein und unterjährig näher zu betrachten. Er teilte mit, dass das bisherige manuelle Erfassen von Elternwünschen und das Abstimmen in großer Runde aus heutiger Sicht antiquiert sei. Die Stadtverwaltung habe daher elektronische Anmelde- und Informationsverfahren sowie die elektronischen Möglichkeiten der Verwaltung von Kinderbetreuungsplätzen betrachtet. Die Beschlussfassung über ein diesbezügliches Softwareprogramm sei aufgrund eines zeitlich befristeten und sehr attraktiven Angebotes für diese Sitzung geplant gewesen. Wie sich am Nachmittag, bei einer Präsentation herausgestellt habe, sei die Angelegenheit noch nicht entscheidungsreif, so dass der Stadtrat zunächst lediglich informiert werde. Es sei daher geplant im Sozialausschuss über die Möglichkeiten eines zentrales Anmeldeverfahren bei der Stadt Puchheim näher zu berichten und inhaltlich zu beraten.

Als Referentin für Kinderkrippen und Kindergärten stellte StRin Dr. Matthes den möglichen Nutzen eines solchen zentralen Programmes dar. Sie teilte mit, dass sowohl die Gremiumsmitglieder als auch die Leitungen der Kinderbetreuungseinrichtungen durch die Informationsveranstaltung eine mögliche Software kennen lernen konnten. Die Präsentation habe aber auch verdeutlicht, dass die Vergabe von Betreuungsplätzen nicht nur ein reiner Verwaltungsakt sei, sondern auch auf Wünsche eingegangen werden müsse. StRin Dr. Matthes betonte, dass die Einrichtungen hierbei in den letzten Jahren eine große Sorgfalt an den Tag gelegt hätten. Sie führte aus, dass das vorgestellte Programm „LITTLE BIRD“ eine mögliche Unterstützungssoftware darstelle. Die vielen technischen Spezifikationen seien zu beachten, um die Platzvergabe für die Eltern transparent zu gestalten. Andererseits müsse die Software auch auf für die Träger effizient zu bedienen sein. StRin Dr. Matthes begrüßte ausdrücklich die Einführung eines solchen Produktes um den alljährlichen Abstimmungsprozess zu unterstützen. Die noch offenen Fragen müssten aus ihrer Sicht nun noch geklärt werden, um mit der notwendigen Sorgfalt eine Entscheidung für ein Programm treffen zu können. Sie stellte klar, dass die Umsetzung eines solchen Programmes für das Betreuungsjahr 2017/2018 nicht mehr möglich sei. Um die Umsetzung für das kommende Jahr zu gewährleisten, sei es notwendig in den nächsten Monaten eine Ent-

scheidung vorzubereiten. Sie legte dar, dass eine solche Software zwar notwendig sei, jedoch keine neuen Betreuungsplätze schaffe und wies nochmals darauf hin, dass die Platzvergabe gerade auch unterjährig schwierig sei. StRin Dr. Matthes sprach sich daher für eine nochmalige Behandlung des Themas im Sozialausschuss aus, auch um die Umsetzung zügig voran zu bringen.

StRin Kamleiter befürwortete eine Software zur einheitlichen Handhabung. Sie war der Meinung, dass noch einige Fragen offen seien. Sie bat insoweit um Bedenkzeit um Ideen und Lösungen zu eruieren.

Der Vorsitzende berichtete, dass im Vorfeld zur Präsentation bereits mehrere Softwaresysteme begutachtet wurden. Man habe festgestellt, dass die Systeme der verschiedenen Anbieter unterschiedlich strukturiert seien. Das präsentierte System habe lediglich einen Weg aufgezeigt. Er betonte, dass letztendlich die Praktikabilität eines Systems für die Wahl des Produktes entscheidend sei. Der Vorsitzende legte dar, dass es durch die hohe Trägervielfalt in Puchheim schwierig sei alle Träger für ein System zu gewinnen.

Auf Nachfrage von StRin Gigliotti bestätigte der Vorsitzende, dass das Zentrale Anmeldeverfahren im Sozialausschuss nochmals beraten werde.

StR Hoiß wies daraufhin, dass der Rechnungsprüfungsausschuss bereits mehrfach den Einsatz einer solchen Software, aufgrund besserer Steuerungsmöglichkeiten, angeregt habe. Er befürwortete daher die Anschaffung einer geeigneten Software.

TOP 9 Mitteilungen und Anfragen

Der Vorsitzende informierte zunächst über die anstehenden Termine. So seien der Finanz- und Wirtschaftsausschuss am 21.12.2016, der Personalausschuss am 09.01.2017, zwei weitere Finanz- und Wirtschaftsausschüsse am 17. und 18.01.2017 sowie die nächste Stadtratssitzung am 24.01.2017 geplant. In der Folge teilte der Vorsitzende mit, dass die gefährliche Situation an der Außentreppe zur Tiefgarage im PUC durch die Montage eines zusätzlichen Bewegungsmelders entschärft worden. Zudem wurden die Leuchtmittel ausgetauscht. Weiter informierte der Vorsitzende über die Mitgliederversammlung des Erholungsflächenvereins vom 13.12.2016. Er hielt fest, dass für den Böhmerweiher weiterhin 40.000,00 € Planungskosten für 2017 eingestellt wurden. Der Vorsitzende betonte, dass der Verfahrensweg über die Landeshauptstadt München erfolgen müsse. Es sei noch abzuklären, ob für den Böhmerweiher eine wasserrechtliche Genehmigung oder ein Planfeststellungsverfahren notwendig sei.

StRin Kamleiter teilte mit, dass insbesondere der geförderte Breitbandausbau Thema im Planungs- und Umweltausschuss war. Es bestand Konsens darüber, dass es sinnvoll sei sowohl für die Puchheimer Realschule als auch für das Gymnasium einen schnelleren Internetanschluss zu verwirklichen.

Sie betonte, dass hierfür jedoch das Landratsamt als Träger der Schulen zuständig sei und bat darum das Gremium über das Tätigwerden oder die Ablehnungsgründen zu informieren. Der Vorsitzende sicherte zu den Fraktionen die diesbezüglichen Informationen zukommen zu lassen.

Der Vorsitzende beendete die Sitzung des Stadtrates um 20:27 Uhr.

Vorsitzender:

Schriftführer/in:

Norbert Seidl
Erster Bürgermeister

Jean Hoffmann